

Sorgen kann man teilen.



TelefonSeelsorge®

Anonym. Kompetent. Rund um die Uhr.
0800 / 111 0 111 · 0800 / 111 0 222

Lasst mich gehen!

Wenn Menschen sterben wollen

Jahresbericht 2022/23

Berlin – Cottbus – Frankfurt (Oder) – Potsdam

Die Arbeit der TelefonSeelsorge® in Berlin und Brandenburg wird getragen durch:



Die Arbeit der TelefonSeelsorge® in Berlin und Brandenburg wird besonders unterstützt durch:



Uwe Müller
KTS BB, Dienststelle Berlin

Karin Schuppan i.V.
KTS BB, Dienststelle Cottbus

Karin Schuppan i.V.
KTS BB, Dienststelle Frankfurt (Oder)

Beate Müller
TelefonSeelsorge® Potsdam

05	Vorwort
06	Debatte um den assistierten Suizid Prof. Dr. U. Kostka
11	Stimmen Ehrenamtliche
13	Fakten KTS BB
20	Corona-Seelsorgetelefon
22	Hilfe-Hilfe Seelsorgetelefon für Engagierte
25	Doweria Russischsprachiges Seelsorgetelefon
27	MuTes Muslimisches Seelsorgetelefon
29	Onlineberatung Berlin
31	Kinder- und Jugendtelefon Berlin
32	Kinder- und Jugendtelefon Potsdam
33	Elterntelefon Berlin
34	Förderverein für die Kirchliche TelefonSeelsorge® e.V.



Jahresbericht 2022/2023 Liebe Leserin, lieber Leser,

vor einem Jahr glaubten wir noch, die Ausnahmesituation der Corona-Pandemie so langsam in den Griff zu bekommen. In der TelefonSeelsorge® hatten wir uns gut sortiert und konnten den Anrufenden und ihren Ängsten bei diesem Thema immer besser gerecht werden. Unser zusätzliches Corona-Seelsorgetelefon hatte alle „Ohren“ voll zu tun.

Doch nun haben wir Krieg in Europa, direkt vor der Haustür. Wir erleben eine Flüchtlingswelle aus der Ukraine. Zu diesem Thema gibt es die „Hilfe-Hilfe“, ein Telefon für Engagierte in der Flüchtlingskrise.

Und einher geht das alles mit einer Energiekrise, die Preise steigen und damit die Unsicherheiten und Ängste bei den Menschen.

TelefonSeelsorge® ist auch ein Seismograf für die Problemlagen in unserer Gesellschaft. Alles, was mit Unsicherheiten zu tun hat und Ängste auslöst, haben wir wenige Stunden später am Telefon. Da reicht manchmal eine kleine Meldung in der „Tagesschau“. Gerade die Menschen, die besonders von diesen Zuständen betroffen sind, rufen als erste bei uns an, um sich zu vergewissern und in der Hoffnung auf Beruhigung. Dabei brauchen wir manchmal auch etwas Zeit, um uns selbst zu sortieren und eine innere Haltung zu den jeweiligen Themen zu finden.

So auch zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dass der Deutsche Bundestag eine neue gesetzliche Regelung zum „selbstbestimmten Sterben“ finden muss.

Ein Thema, das sofort zu vielfältigen Diskussionen in der breiten Öffentlichkeit geführt hat und uns auch künftig weiter beschäftigen wird, ebenso in den Gesprächen am Telefon.

Auch wenn wir in der TelefonSeelsorge® Gespräche über den „Wunsch nach selbstbestimmtem Sterben“ schon immer am Telefon hatten, so bekommt der Gedankenaustausch in den Telefonaten doch eine neue Dimension. Daher haben wir uns dieses Themas in unserem Jahresbericht angenommen. Einen Einstieg in den jetzigen Stand der Diskussionen aus Sicht des Caritasverbandes bietet Ihnen der Leitartikel von Prof. Dr. Ulrike Kostka. Aber lesen Sie selbst!

Wir sind sehr dankbar für die Arbeit der ehrenamtlichen Kolleg*innen in den Dienststellen in Berlin, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam. Sie stellen sich den tagesaktuellen Herausforderungen, sowie den immer wiederkehrenden Sorgen und Nöten der Anrufenden. Und wir sind dankbar für all die Unterstützung, die wir in unserem Dienst durch die politischen Verantwortungsträger*innen und unsere kirchlichen Trägerverbände, aber auch durch die besondere Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum erfahren. Danke für jede, auch finanzielle Unterstützung.

Die Debatte um den assistierten Suizid in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes

von Prof. Dr. Ulrike Kostka

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26.02.2020 zum ärztlich assistierten Suizid fiel genau in den Beginn der Corona-Pandemie.¹ Deshalb hat es bislang noch nicht die breiten gesellschaftlichen Debatten ausgelöst, die eigentlich zu erwarten wären. Denn es stellt das Sterben als letzten Prozess des Lebens auf eine völlig neue rechtliche Basis. Jede Person kann, wenn er oder sie einen dauerhaften Todeswunsch hat und entscheidungsfähig ist, nach einer Beratung und entsprechenden Fristen assistierten Suizid in Anspruch nehmen – unabhängig vom Alter und gesundheitlichen Zustand. Psychische Erkrankungen als Ursache des Todeswunsches müssen zuvor ausgeschlossen werden.

Bislang wurde dieses Thema vor allem mit der Situation einer unheilbaren Erkrankung verbunden. Das Bundesverfassungsgericht sah jedoch keinen Grund, das von ihm formulierte Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben auf einen bestimmten Zustand zu beschränken. Es definiert es letztendlich als ein Grundrecht und einen Akt der Freiheit, der staatlich nicht eingeschränkt werden darf. Die katholische Kirche und ihre Caritas lehnen den ärztlich assistierten Suizid ab. Die evangelische Kirche teilt diese strikte

Ablehnung nicht.² Es gibt in der evangelischen Kirche und Diakonie ein breites Meinungsspektrum.

Die Reichweite des Urteils scheint noch nicht allen Bürgerinnen und Bürgern bewusst geworden zu sein. Auch in Diskussionen in Fachkreisen der Ethik, Pflege, Medizin und sozialen Arbeit wird es zumeist auf solche Situationen beschränkt, in denen Menschen unheilbar erkrankt sind oder unerträglich leiden. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geht jedoch weit darüber hinaus. Letztendlich könnten nach dem Urteil sogar einsichtsfähige Minderjährige den assistierten Suizid in Anspruch nehmen. Nach dem Urteil wurden Berufsordnungen der Ärztinnen und Ärzte entsprechend geändert. Es liegen Entwürfe von Abgeordnetengruppen für ein Suizidbeihilfegesetz vor.

In den Einrichtungen der Caritas und Diakonie sowie in der Kirchlichen Telefonseelsorge erleben wir zu dem Thema unterschiedliche und sehr bewegte Diskussionen.

² Vgl. Kostka, U., *Moralpredigten reichen nicht*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Onlineausgabe) 08.02.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/pro-und-kontra-sterbehilfe-moralpredigten-reichen-nicht-17187034.html> [Stand 08.02.2021].

¹ Die Ausführungen beruhen auf vorherigen eigenen Publikationen, die Bezüge werden nicht einzeln kenntlich gemacht.

1. Die Entwürfe für eine Suizidbeihilfegesetzgebung

Verschiedene Entwürfe für eine Suizidbeihilfegesetzgebung sehen vor, dass die Einsichtsfähigkeit der Person durch entsprechende Fachpersonen geprüft werden muss. Es besteht nach einigen Entwürfen eine Beratungspflicht durch eine unabhängige Beratungsstelle, wenn Menschen assistierten Suizid in Anspruch nehmen wollen. Diese Beratungsstelle muss ergebnisoffen beraten und den Personen alle weiteren Möglichkeiten wie z. B. Angebote der Suizidprävention, der Hospiz- und der Palliativversorgung aufzeigen. Es müssen jederzeit Fachkräfte aus verschiedenen Professionen einbezogen werden können. Die Beratungsstelle hat nicht die Gründe für den Todeswunsch zu bewerten. Die meisten Entwürfe sehen vor, dass der ärztlich assistierte Suizid erst ab 18 Jahren zugänglich ist, weil erst zu diesem Zeitpunkt die Einsichtsfähigkeit gegeben sei. Die Beratungsstelle ist zur Kooperation mit anderen Stellen verpflichtet und stellt der Person einen Nachweis über die Beratung aus.

Beratungsstellen müssen nach den Regelungsentwürfen für jeden zugänglich sein und staatlich refinanziert werden. Sie dürfen nach den Vorschlägen keine Gewinnabsicht haben und dürfen nicht mit der Durchführung des assistierten Suizides betraut sein. Die bisherigen Regelungsvorschläge unterscheiden sich jedoch noch, wenn

auch nur in einzelnen Aspekten. Allen Entwürfen ist gemeinsam, dass niemand gezwungen werden kann, den ärztlich assistierten Suizid zu unterstützen. Es darf aber auch niemand dafür strafrechtlich belangt werden.

2. Mängel der Regelungsentwürfe

Die vorliegenden rechtlichen Regelungsentwürfe sind die natürliche Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes. Es gibt aber auch Vertreter, die der Auffassung sind, dass eine rechtliche Regelung generell nicht sinnvoll sei. Eine erste Grundvoraussetzung für eine mögliche rechtliche Regelung ist aus meiner Sicht eine intensive gesellschaftliche und politische Debatte über das Urteil. Meiner Ansicht nach ist zum jetzigen Zeitpunkt diese Voraussetzung nicht gegeben. Denn durch die Pandemie hat bislang keine ausreichende Debatte stattgefunden. Deshalb war es richtig, dass die politischen Institutionen die Entscheidung über die schon länger vorliegenden Entwürfe für eine rechtliche Regelung noch nicht vollzogen haben.

Zweite Bedingung ist aus meiner Sicht, dass die Position der Ablehnung des ärztlich assistierten Suizides nicht automatisch die Debatte beendet. Auch für die katholische Kirche bedeutet dies, dass trotz ihrer ablehnenden Position zum assistierten Suizid, der

ich mich eindeutig anschließe, die Auseinandersetzung mit der Thematik innerhalb von Kirche und Caritas weitergeführt werden muss. Denn in jedem Fall werden Einrichtungen und Dienste, aber auch Seelsorger, Pflegekräfte, Ärzte, Sozialarbeiter, ehrenamtliche und berufliche Mitarbeitende in Hospizdiensten, stationären Hospizen, der Kirchlichen Telefonseelsorge und viele andere mit diesem Thema konfrontiert sein.

Das verpflichtet die Kirche und ihre Caritas, die Diskussion weiterzuführen und alle ethischen Fragen grundsätzlicher und praktischer Natur zu erörtern. Hierzu sind angstfreie Räume notwendig, wo alle Fragen diskutiert werden können. Es braucht also eine offene Diskurskultur zu allen Aspekten und Folgen einer Regelung des assistierten Suizides. Ein „Nein“ allein reicht nicht aus. Es geht auch um die Frage, welchen Beitrag die Kirchen, Caritas und Diakonie für eine lebensbejahende Gesellschaft leisten und wie sie Menschen mit Suizidgedanken beraten sowie Mitarbeitende dazu befähigen kann.

3. Herausforderungen angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes führt zu einer der weitesten Regelungen des assistierten Suizides im internationalen Vergleich, da weder der gesundheitliche Zustand der Person noch das Alter eine Rolle spielen, solange die Einsichtsfähigkeit gegeben ist. Der assistierte Suizid könnte damit zu einem persönlichen Mittel der Wahl (Normalisierung) und Allgemeingut werden, um das

Leben unter bestimmten Umständen nach einer entsprechenden Beratung beenden zu wollen.

Vorangestellt sei, dass der Suizid schon seit vielen Jahren weder strafrechtlich noch kirchlich sanktioniert werden durfte. Gleichwohl erleben Menschen, die Suizidgedanken haben, oder Angehörige und Freunde, die Menschen durch Suizid verloren haben, immer noch eine große Tabuisierung. Viele sind bei diesem Thema überfordert und ziehen sich vielfach von Betroffenen zurück. Menschen mit Suizidgedanken fühlen oft eine große Scham und trauen sich zumeist nicht, diese Gedanken auszusprechen.

Der Weltsuizidpräventionstag am 10. September³ jeden Jahres versucht deshalb, die Themen Suizid und Suizidprävention in das gesellschaftliche Bewusstsein zu heben. Seit einigen Jahren bilden sich mancherorts Suizidpräventionsnetzwerke. Auch die Bekenntnisse von Prominenten zum Thema Depression und Selbstmordgedanken helfen, dass sich manche Menschen trauen, ihre Situation offenzulegen. Wenig bekannt ist, dass Suizid einer der häufigsten Todesursache bei jungen Menschen unter 25 Jahren ist. Genauso selten wird das Thema Alterssuizid öffentlich in den Blick genommen. Der Kirchlichen Telefonseelsorge begegnen Suizidgedanken immer wieder in Gesprächen mit Anrufern.

Sterben mit Assistenz wird durch dieses gesetzliche Instrument, jenseits des Freitodes in einer psychischen Ausnahmesituation,

³ Vgl. www.suizidpraevention-berlin.de [Stand 06.01.2023].

zu einer Intervention, die ich autonom wählen kann. Befürworter des assistierten Suizides sehen daran einen absoluten Autonomiegewinn. Gegner wie ich sehen darin, dass der Mensch versucht, seiner leiblich-seelischen Verfasstheit und Endlichkeit, die er bisher letztendlich nicht selbst bestimmen kann, auszuweichen und diese selbst in die Hand zu nehmen.

Wenn jemand diese Entscheidung für sich trifft, ist dieser Wunsch zu respektieren. Gleichwohl könnte durch das Urteil und eine entsprechende Regelung der ärztlich assistierte Tod ohne Begrenzung zu einem Allgemeingut mit möglicherweise höchstproblematischer Wirkung wie z.B. eventuell entstehendem sozialem Druck auf ältere Menschen oder mit schweren Erkrankungen werden. Auf der anderen Seite finden Menschen mit Suizidgedanken oft zu wenig Verständnis und Ansprechpartner, weil dieses Thema häufig tabuisiert wird. Das betrifft auch die Seelsorge.

Grundsätzlich ist Seelsorge für jeden Menschen möglich. Doch angesichts einer zunehmenden Säkularisierung und Kirchenentfremdung besteht die Frage, wie ehrenamtliche und berufliche Seelsorger*innen speziell für Gespräche mit Menschen mit einem dauerhaften Todeswunsch ausgebildet werden und jederzeit verfügbar sein können – und zwar für Menschen unterschiedlicher Prägung. Angebote wie die „Offene Tür“ oder auch die Kirchliche Telefonseelsorge sind sicherlich in diesem Kontext große Hilfen. In den einzelnen Bistümern und Landeskirchen sollte überlegt werden, ob für jedermann zugängliche und geeignete seelsorgliche Angebote vorhanden sind oder geschaffen werden müssen.

Ich bin der Auffassung, dass die jeweiligen Bistümer mit der Caritas bzw. Landeskirchen und Diakonie gemeinsam Konzepte ausarbeiten sollten, wie Menschen mit dauerhaftem Todeswunsch noch mehr eine entsprechende Beratung und Begleitung in kirchlicher Trägerschaft erhalten können, die den Menschen in seiner Situation ernstnimmt und ihm zuhört. Entscheidend ist, dass die Beratung allgemein zugänglich ist und auch entsprechend finanziell abgesichert wird.

Ein Beispiel für eine sehr wirksame Beratung in kirchlicher Trägerschaft ist die [U25] Online-Suizidprävention für junge Menschen. 600 Menschen unter 25 Jahren sterben jährlich durch Suizid.⁴ Das Caritas-Projekt [U25] setzt dabei an, dass junge Menschen am ehesten Suizidgedanken gegenüber Peers, also Gleichaltrigen, ausdrücken und bildet junge Menschen zu Peer-Beratern aus, die online per E-Mail die Ratsuchenden betreuen und dabei von professionellen Beraterinnen und Beratern begleitet werden. [U25] wird über alle Maßen frequentiert und ist mehrfach ausgezeichnet worden. Das [U25]-Projekt der Caritas im Erzbistum Berlin ist einer der größten Standorte bundesweit. Aber auch dieses hoch wirksame Projekt hat ständig mit Finanzproblemen zu kämpfen und war lange nicht gesichert.

Ethisch geboten und auch vom Bundesverfassungsgericht eingefordert sind eine entsprechende Struktur der Suizidprävention, Hospiz- und Palliativversorgung und ihre Sicherung. Am Beispiel

⁴ Vgl. www.u25-deutschland.de [Stand 06.01.2023].

des Caritas-Projektes [U25] wird aber auch deutlich, dass zahlreiche lebensrettende und bejahende Angebote oftmals mit der Finanzierung zu kämpfen haben. In den bisherigen Regelungsentwürfen zur Suizidbeihilfegesetzgebung sind Finanzierungsvorgaben für solche Angebote bislang nicht enthalten. Dies ist auch ethisch hoch problematisch. Der reine Appell der Antragssteller, dass Suizidprävention und adäquate Beratungsangebote ausgebaut werden sollten, reicht bei Weitem nicht aus. Der Gesetzgeber hat hier Fakten zu schaffen.

4. Fazit – Bekämpfung von Ursachen des dauerhaften Todeswunsches

Die Gründe für einen dauerhaften Todeswunsch sind höchst individuell. Sie können auch psychosozialer Natur sein wie etwa Armut, Einsamkeit und mangelnde Teilhabe sowie Perspektivlosigkeit oder Angst vor Abhängigkeit bei Pflegebedürftigkeit. Die bisher vorliegenden Regelungsentwürfe zum Suizidbeihilfegesetz sind aus meiner Sicht in ihrer Begründung völlig unzureichend. Sie berücksichtigen nicht die Umstände, warum Menschen einen solchen Todeswunsch haben können. Außerdem fehlen klare Vorgaben zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen und Förderung von Suizidprävention, Krisenintervention, Hospiz- und Palliativangeboten. Ebenso zeigt sich, dass Suizidprävention viel umfassender ist und Maßnahmen der Pflege- und Sozialpolitik impliziert.

Eine präventive und befähigende Sozialpolitik ist einer der besten Schlüssel, um Altersarmut zu vermeiden, Einsamkeit zu bekämpfen

und Teilhabe zu ermöglichen. Sie wirkt auch individueller Verzweiflung und Aussichtslosigkeit entgegen. Dazu zählt auch eine Pflege- und Gesundheitspolitik, die den Menschen die Angst vor Krankenhäusern als Gesundheitsfabriken nimmt und eine umfassende Begleitung in Pflegeeinrichtungen sowie in der Häuslichkeit ermöglicht. Alle Bürger müssen die Möglichkeit haben, ihr Lebensende gestalten zu können durch entsprechenden Zugang zu Information und Beratung über Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten.

Leben und Sterben müssen ein Thema in der Schule und in vielfältigen Bildungsangeboten sein. Eine Tabuisierung des Lebensendes stärkt das Bedürfnis nach einem selbstbestimmten Tod. Die kirchliche Telefonseelsorge leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass Menschen ihre Gedanken und Gefühle aussprechen können, auch wenn sie das Thema Tod betreffen.



Prof. Dr.
Ulrike Kostka
Direktorin des
Caritasverbandes

„Lasst mich gehen!“ – Wenn Menschen sterben wollen Ehrenamtliche gefragt zu Pro und Contra

„Für mich steht im Vordergrund, dass durch die aktive Sterbehilfe Schmerz und Leid beendet werden können. Viele Menschen, die sich einen assistierten Suizid wünschen, leiden unter starken chronischen Schmerzen ohne Aussicht auf Heilung. Ich denke, für diese Menschen kann ein assistierter Suizid eine Erlösung sein, die die Gesellschaft ihnen nicht verwehren sollte.“

„Ich wünschte wirklich, es gäbe eine gute Lösung für sie, für uns alle. Doch der eigene Tod ist eine zutiefst individuelle Angelegenheit, ebenso wie die Sicht darauf, was einem am eigenen Leben lebenswert erscheint.“

„Unter Umständen könnten kranke Menschen den Wunsch zur Selbsttötung nur deshalb äußern, weil sie Angst haben, ihren direkten Angehörigen zur Last zu fallen. Die Ärzte schwören den sogenannten Hippokratischen Eid, der besagt, dass das Leben auf jeden Fall geschützt werden muss.“

„Die sogenannte Sterbehilfe ermöglicht Menschen, eine eigene wichtige Entscheidung über das persönliche Ableben zu treffen. Viele Krankheitsverläufe bringen starke Schmerzen mit sich, die sich nur eingeschränkt durch Medikamente kontrollieren lassen.“

„Der größte Teil der Menschen am Telefon befand sich in psychologischer Behandlung, hat mit schweren Depressionen zu kämpfen, hat ein oder mehrere Aufenthalte in psychiatrischen Einrichtungen hinter sich. Sie alle finden ein offenes Ohr, Trost und Verständnis.“

■ Ehrenamtliche gefragt zu ihren Eindrücken von Gesprächen in der TelefonSeelsorge®

„Die Anrufenden, die mit mir über ihre Suizidgedanken und -absichten gesprochen haben, waren meistens in der Situation, dass sie noch nicht wussten, wie sie es machen wollten und dass sie Angst vor den möglichen Folgen des Mislingens (schwerst-verletzt weiterleben müssen) hatten. Nach meinem Eindruck lag häufig eine Depression oder absolute Hoffnungslosigkeit infolge schwerer Krankheit, Behinderung oder Einsamkeit vor, zuweilen aber auch eine Lebenssituation, über die hinwegzukommen möglich und wahrscheinlich ist (z.B. gescheiterte Beziehung).“

„Meine Erfahrung ist: Anrufer*innen sind sehr dankbar, wenn sie offen und auf Augenhöhe über ihre Suizidgedanken und ggf. Suizidabsichten sprechen können, sie damit angenommen und nicht verurteilt werden. Ich versuche genau hinzuhören: Was hat die/den Anrufer*in bewogen, bei der Telefonseelsorge anzurufen? Welche Alternativen zum Suizid hat sie/er bereits in Betracht gezogen bzw. sind in ihrer/seiner konkreten Situation denkbar? Wo gibt es Ansatzpunkte für Hoffnung und Vertrauen in ein Weiterleben? Falls die/der Anrufer*in am Suizidwunsch festhält, bitte ich sie/ihn, keinen harten und einsamen Suizid zu begehen, sondern sich für einen assistierten Suizid z.B. an die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben zu wenden. So erhält die/der Anrufer*in zumindest die Möglichkeit, den Suizidwunsch in einem mehrstufigen Verfahren nochmals zu besprechen und – falls er bestehen bleibt – ärztlich und ggf. von Angehörigen begleitet Abschied zu nehmen.“

„Die Gespräche im Zusammenhang mit dem Thema der sogenannten aktiven Sterbehilfe berücksichtigen umfangreich die Unterschiede von passiver Sterbehilfe, assistierten Suizid und indirekter Sterbehilfe.“

„Konkrete Situationen hatten zum Thema die Einstellung von lebensverlängernden Maßnahmen, wie zum Beispiel das bewusste Abschalten der Beatmungsmaschine, das geplante Einstellen der künstlichen Ernährung oder den konkreten Abbruch einer Therapie bei Krebs- oder Dialysepatienten.“

Die TelefonSeelsorge® Berlin-Brandenburg Einblicke und Fakten

Wir sind:

- 24 Stunden erreichbar an 365 Tagen im Jahr
- 4 Dienststellen Berlin, Cottbus, Frankfurt(Oder), Potsdam
- 340 ehrenamtlich Seelsorgende
- 4 hauptamtliche Mitarbeiter*innen für die Geschäftsführung/Leitung und Administration (mehrheitlich in Teilzeit)
- 4 hauptamtliche Mitarbeiter*innen für Koordinatorin und Büroorganisation (in Teilzeit).

Wir leisten:

- Beratung in Lebenskrisen
- Seelsorge am Telefon
- Begleitung im emotionalen Erleben
- Erste Hilfe in seelischer Not
- Information im sozialen Bereich
- fast 49.000 Stunden Ehrenamtliches Engagement am Telefon (sowie hinzukommende Zeit in Fachgruppen, Gremien, in der Fort- und Weiterbildung).

Wir geben:

- Trost, Mut, Halt und Stärkung
- Ermutigung
- Rückmeldung
- Entlastung.

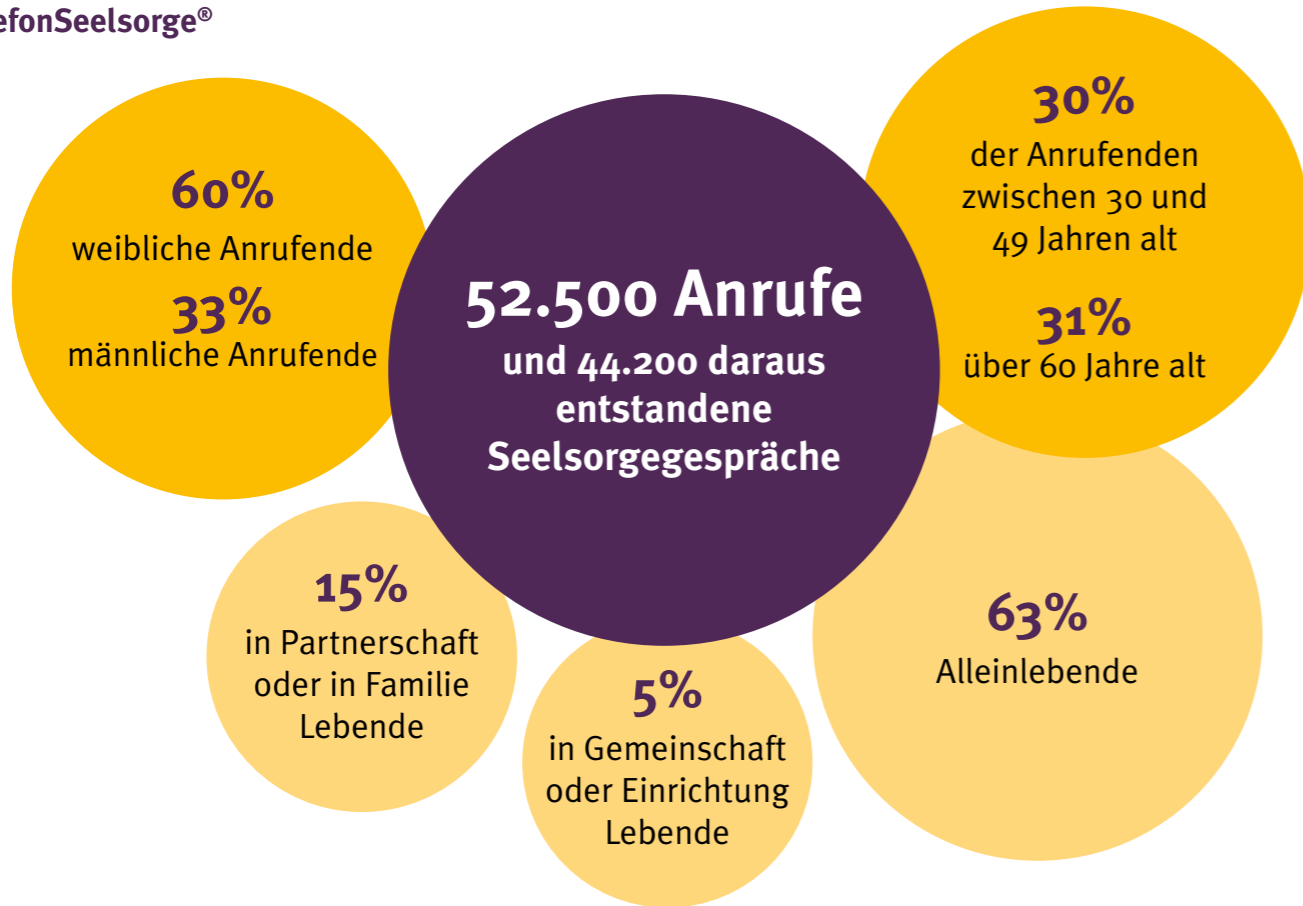
Wir bieten:

- psychologische und soziale Kompetenz
- Synergien aus unterschiedlichen Lebensbezügen und Berufen
- offene, wertfreie und zugewandte Haltung
- Anonymität und Verschwiegenheit
- kostenfreie Gespräche.

Wir zeigen:

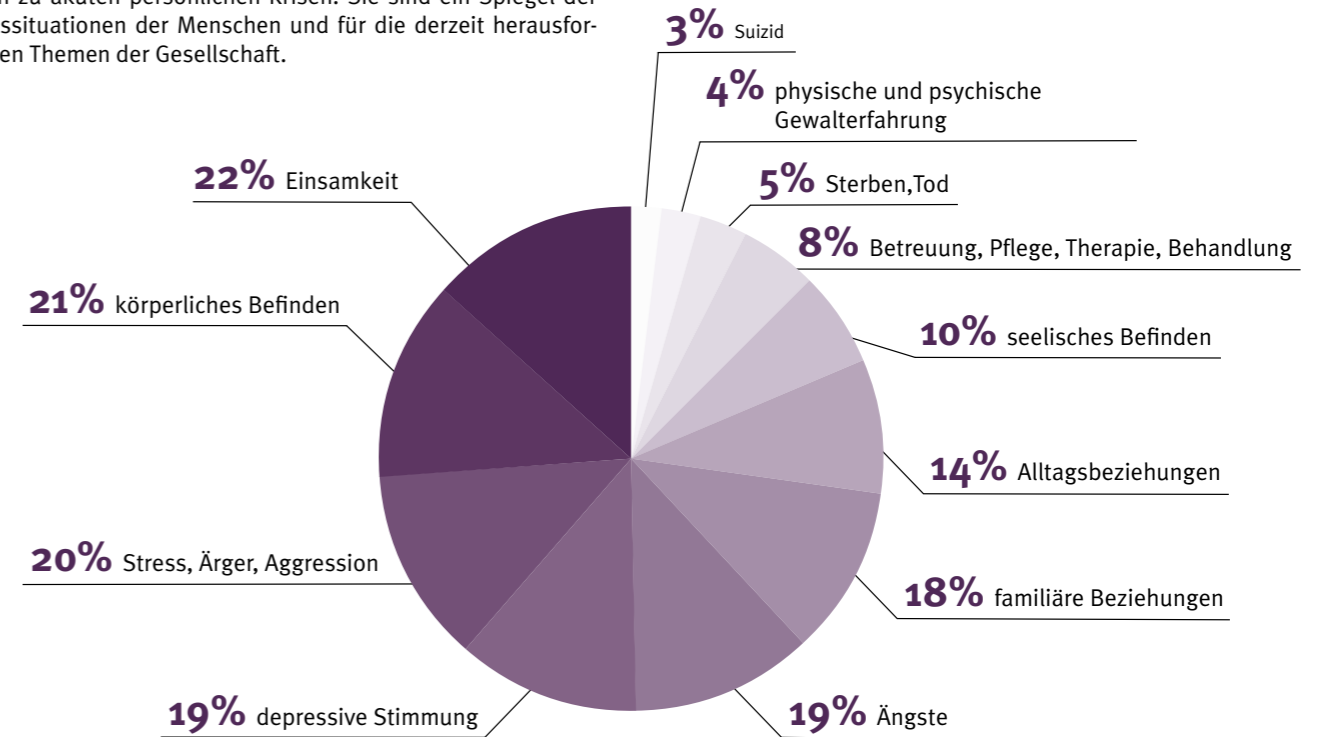
- eine ethisch-christliche Grundhaltung
- Engagement in ökumenischer Gemeinschaft
- aktive Teilnahme am Gemeinwesen
- Interesse an komplexen Themen
- Freude an der Vielfältigkeit.



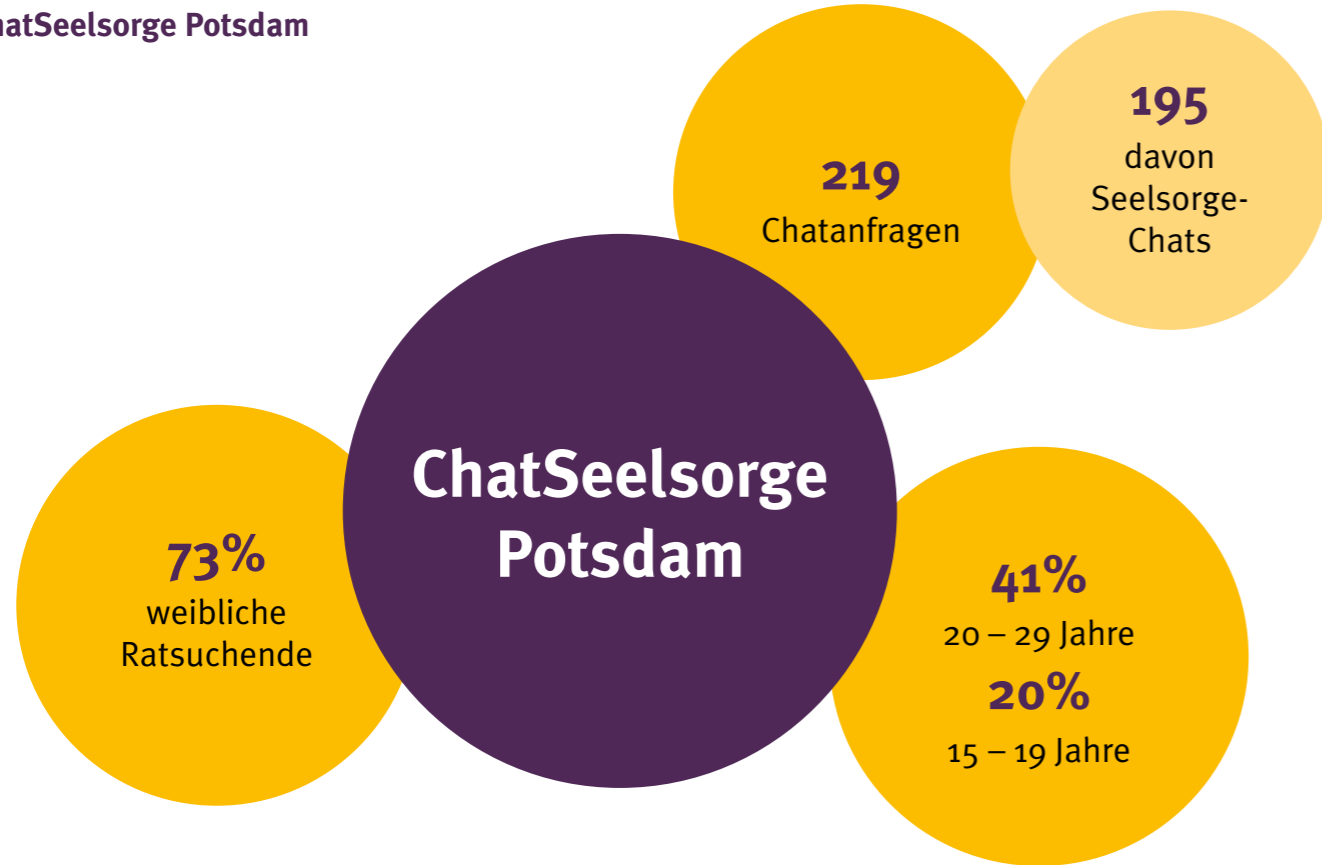


Schwerpunktthemen

Die Gespräche umfassen die ganze Bandbreite der Lebensthemen bis hin zu akuten persönlichen Krisen. Sie sind ein Spiegel der Lebenssituationen der Menschen und für die derzeit herausfordernden Themen der Gesellschaft.

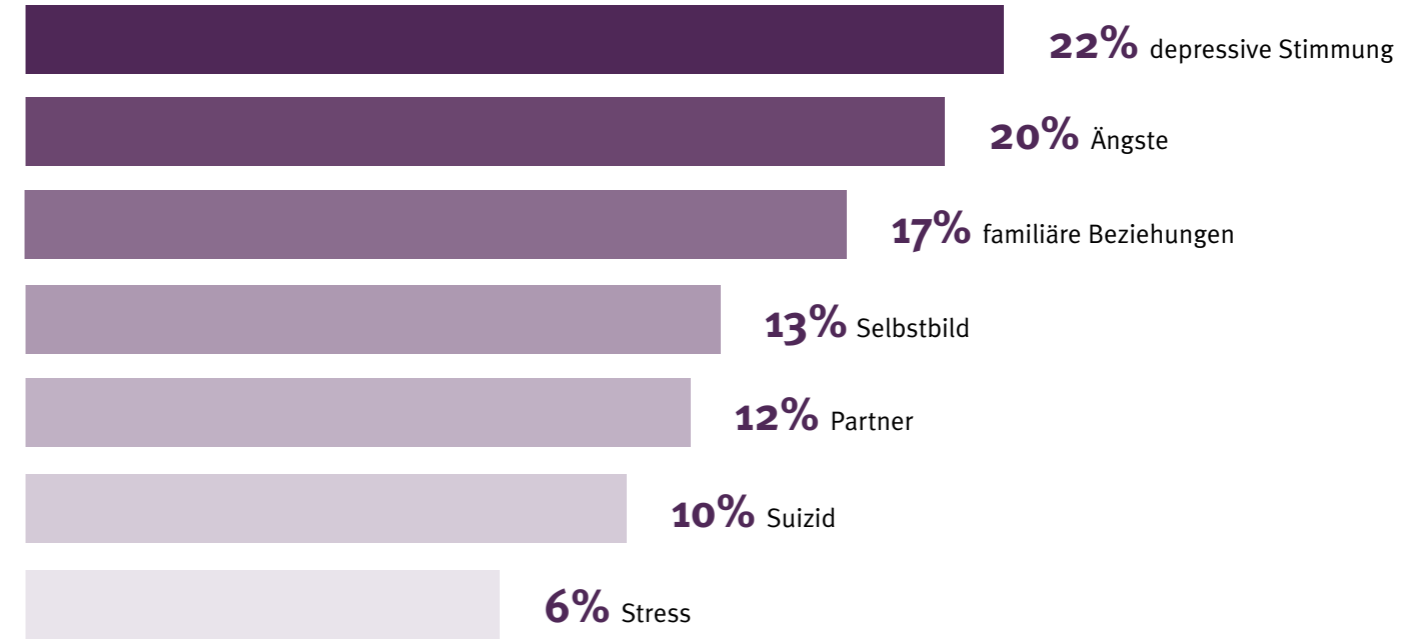


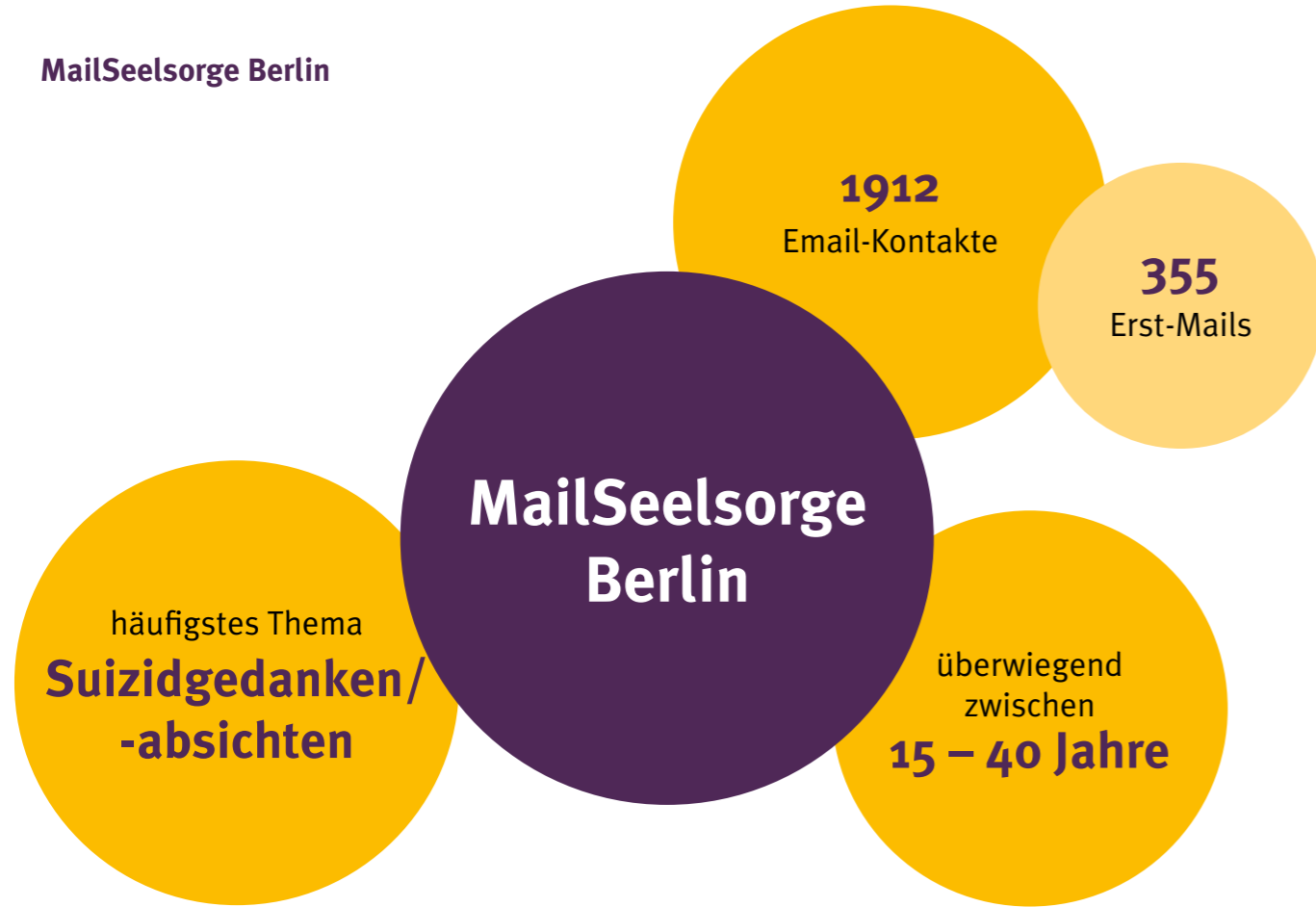
ChatSeelsorge Potsdam



ChatSeelsorge Potsdam

Die Chats umfassen ebenso die ganze Bandbreite an Themen wie die Telefongespräche. Die Schwerpunkte 2022 waren:





**Hilfsangebote in Zusammenarbeit mit der
TelefonSeelsorge® in Berlin und Brandenburg**



Corona-Seelsorgetelefon

Nach fast 3 Jahren Pandemie und über 15.000 Anrufen stellte das Corona-Seelsorgetelefon am 31.12.2022 den Dienst ein. An dieser Stelle wollen wir uns erinnern und vor allem Danke sagen: Ein herzliches Dankeschön an das Team der ehrenamtlichen Seelsorger*innen, die während der Corona-Pandemie den Menschen in ihren Sorgen und Nöten beistanden.

Am 16.03.2020 – in der Woche des ersten Lockdowns – brachten wir das Corona-Seelsorgetelefon an das Netz, ohne dass wir erahnen konnten, was uns erwartete. Spontan erklärten sich Ehrenamtliche der Kirchlichen TelefonSeelsorge Berlin (KTS), der Notfallseelsorge/Krisenintervention (NFS/KI) Berlin und der Krankenhaus-Seelsorge der EKBO (KHS) bereit, sich diesen Unklarheiten zu stellen.

Was würde uns an Themen erwarten? Die Bilder, die wir zu diesem Zeitpunkt aus Italien und Spanien bekamen, ließen Schlimmstes befürchten. Wie würde es uns gelingen, ein Seelsorgetelefon virtuell und online zu unterhalten? Der Lockdown betraf uns allesamt und der Weg in die jeweiligen Dienststellen wurde für viele unmöglich. Wie würde sich ein Team Ehrenamtlicher finden, wie voneinander wissen und füreinander sorgen, ohne sich in Präsenz begegnen zu können? Und nicht zuletzt: wie würden wir uns unbefangen den Sorgen der Menschen stellen können, wo wir doch im „gleichen Boot saßen“, Ängste und vielleicht auch Schicksalsschläge teilen?

Trotz allem, wir haben es gewagt und wir haben angefangen, wir wurden schließlich gebraucht. Die technischen Voraussetzungen

waren schnell geschaffen und die Förderung durch die Senatsverwaltung Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenWGP) ermöglichte auch eine angemessene Begleitung der Ehrenamtlichen z.B. durch wöchentliche Teamtreffen, Supervisionen und Einzelgespräche.

Ein großes Dankeschön gilt an dieser Stelle der Werbeagentur „bestfriends“, die für uns eine Werbekampagne erstellte. Spätestens mit Beginn der zweiten Pandemiewelle hingen unsere violetten Plakate im Öffentlichen Raum, an Bus- und Tramhaltestellen sowie in den Bahnhöfen Berlins. Die Werbeflächen wurden uns, dankenswerter Weise, von der WALL GmbH bereitgestellt.

Bis zur Beendigung des Corona-Seelsorgetelefons gingen über 15.000 Anrufe ein, die bis zu 5 Leitungen waren täglich von 8:00 – 24:00 Uhr geöffnet. Unsere Anrufer*innen berichteten vor allem von Belastungen, die sie durch die Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen erfahren haben: Einsamkeit, Isolation wurden durch die Pandemie verstärkt, persönlichen Kontakte wurden weniger oder gar „gefährlich“. Zunehmend wurde auch über Ärger mit Angehörigen/Bekanntem bezüglich Coronathemen berichtet, von Konflikten innerhalb der Familien, vor allem in den Zeiten der Lockdowns und des Homeschoolings sowie ab dem Herbst 2021 auch zu Impfungen und Verschwörungsideologien. Der Großteil der Gespräche thematisierte jedoch Fragen zum Verhalten bei einer Infektion, zu Quarantänemaßnahmen und zu möglichen sowie erfahrenen Langzeitfolgen der Erkrankung.

Zusätzlich zu den Corona-bedingten Belastungen riefen uns die Menschen aber auch mit weiteren seelsorgerischen Anliegen an; wir sprachen mit psychisch erkrankten Menschen und mit Menschen in Krisen. Das Corona Seelsorgetelefon wurde zu einem festen Bestandteil der niedrigschwelligen Psychosozialen (Not-)Versorgung in Berlin.

Auch wenn uns heute die Corona-Pandemie nicht mehr so stark beschäftigt, haben wir mit dem Corona Seelsorgetelefon eine Blaupause entwickelt, die uns auch zukünftig ermöglicht, schnell und unkompliziert auf mögliche krisenhafte Umstände zu reagieren. An alle Beteiligten, vor allem an das Team der Ehrenamtlichen, ein herzlicher Dank!

Leitung und Koordination hatte Dipl. psych. Cathy Clift



„Die Hilfe-Hilfe“ – das Seelsorgetelefon für Engagierte

Angegliedert an die Kirchliche TelefonSeelsorge®, bieten die beiden christlichen Kirchen gemeinsam mit Caritas und Diakonie, gefördert durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ein Seelsorgetelefon für Helfende an.

Anlass für dieses Angebot war das überwältigende und spontane Engagement von vielen Menschen in Berlin und Brandenburg für Geflüchtete aus der Ukraine seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022.

Antizipierend, dass der Hilfeimpuls dieser Bürger*innen, welche oftmals nicht in Hilfsorganisationen oder den Gemeinden verortet sind und somit keinen psychosozialen Rückhalt haben, einen Bedarf an seelsorgerischen Gesprächen nach sich ziehen wird, wurde analog zum Corona-Seelsorgetelefon kurzfristig ein Hilfetelefon entwickelt. Seit dem 11. April ist diese Leitung zu erreichen. Sie ist besetzt mit ca. 15 telefonseelsorgerisch gut ausgebildeten Ehrenamtlichen, die sich zu größtem Teil aus dem Kreis der Kirchlichen TelefonSeelsorge® zusammengefunden haben.

Der enge Austausch mit den Mitarbeitenden von Telefon DOWERIA wirkt sich hier gewinnbringend auf die kulturelle Kompetenz der Ehrenamtlichen aus.

Anrufer*innen werden an DOWERIA weitergeleitet und umgekehrt.

Wir hören,

- dass Gastgeber*innen von ukrainischen Geflüchteten berichten, dass die Stimmung in der Wohnung nicht gut ist;
- dass studentische Wohnungsgeber*innen erzählen, dass es in der WG nun doch ein bisschen zu eng wird;
- dass die Geschichten und Fluchterzählungen „nicht aus dem Kopf wollen“;
- dass sich hochbelastete ukrainische Mütter nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern;
- dass Engagierte sich einem anderen Hilfsprojekt zuwenden möchten und mit ihrem schlechten Gewissen hadern...

Die Reihe ließe sich noch fortsetzen, doch ist das zu Grunde liegende Problem fast immer ähnlich: Wie gehe ich mit meinen ungunstigen Gefühlen den Flüchtenden gegenüber um? Was wenn ich mich abwende, weil ich einfach nicht mehr kann?

Dieser Frage Rechnung tragend will „Die Hilfe-Hilfe“ hier eine Konstante sein, welche der sich spontan organisierenden Zivilgesellschaft, den engagierten Bürger*innen seelsorgerisch den Rücken stärkt.

Denn abzusehen ist, dass die Zahl der Flüchtenden leider vorerst nicht abnehmen wird.

Ansprechpartner: Matthias O. Schneider
Telefon: 0177 26 10 399
E-Mail: m.schneider@ktsbb.de
www.diakonie-portal.de



Die Hilfe-Hilfe

Das Seelsorgetelefon für Engagierte
Täglich von 18 bis 22 Uhr

Du hilfst Geflüchteten.
Wir helfen dir.

030 / 403 665 888





Telefon Doweria Berlin, russischsprachige TelefonSeelsorge®

Seit dem Jahr 1999 ist Telefon Doweria (TD) ein russischsprachiges Beratungs- und Seelsorgetelefon, welches eng mit der Kirchlichen TelefonSeelsorge® Berlin verbunden ist. Die Beratungs- und Seelsorgearbeit ist komplett ehrenamtlich getragen. Die Ehrenamtlichen bei TD sind aus unterschiedlichen Regionen der ehemaligen UdSSR, wie Russland, Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, Tschetschenien, Litauen, Lettland, Estland und anderen nach Deutschland zugewandert. Die ehrenamtlich Mitarbeitenden sind Angehörige unterschiedlicher Religionen wie jüdisch, orthodox, evangelisch, katholisch, muslimisch und andere. Im Moment arbeiten über 100 ehrenamtlich Mitarbeitende im 24/7 Dienst in dem Projekt.

Mit Beginn des Ukraine-Krieges musste schlagartig eine völlig neue Situation bewältigt werden.

Im Zuge dessen wurde das Projekt **Ukraine-Hilfe – Information und Seelsorge** ins Leben gerufen. Als erste Maßnahme wurde sofort eine zweite Leitung eingerichtet. Der Krieg hat unsere Mitarbeitenden in jeder Hinsicht persönlich, beruflich, psychisch und mental betroffen. Es mussten schnelle Entscheidungen getroffen werden. Die Betreuung der Ehrenamtlichen persönlich, in kleineren Gruppen und im gesamten Team musste organisiert werden, um den Zerfall des Teams und mehrfache Burnout-Syndrome zu vermeiden. Für die Geflüchteten aus Kriegsgebieten mussten Informationen über weitere Hilfsangebote gesammelt und fast stündlich überprüft und aktualisiert werden, um Falschinformation zu vermeiden. Es gab plötzlich viele Interview-Anfragen aus unterschiedlichen Medien

und Anfragen zu Projekt-Präsentationen von unterschiedlichen Einrichtungen. Wir haben versucht, jede gestellte Anfrage entsprechend zu bearbeiten, damit mehr Menschen über das Projekt erfahren und unser Hilfsangebot weiterempfehlen können.

Unsere Ehrenamtlichen waren seit Beginn des Krieges auch an den Bahnhöfen, in der Tegeler Aufnahmestelle, in Wohnheimen, Kleider/Spendensammelstellen, Krankenhäusern und Ämtern tätig. Einige brachten Kleidung und Medikamentenspenden direkt an die Grenze mit eigenem Transportfahrzeugen.

Die Zahl der Anrufenden ist deutlich gestiegen, die Dauer der Gespräche hat sich aber verkürzt. Das deutete darauf hin, dass die neu angekommenen Flüchtlinge zum Anfang nach Informationen gesucht haben: ärztliche Behandlungen, Unterkunft, Tierheime, Tierärzte, geistige und körperliche Behinderungen, Geld, Banken (wie und wo man ein Konto anlegen kann), Dolmetscher, JobCenter, LaGeSo, Sozialämter, Schulen, Kindergärten, Sachspenden, Vermisstensuche und juristische Fragen waren die hauptsächlichen Themengebiete der Beratung. Es gab viele Anrufe von russischsprachigen Menschen, die schon lange in Deutschland leben und Russen, die hier hängen geblieben sind durch den Krieg. Sie haben Aggressionen, Mobbing, Ausgrenzungen und Abweisungen seitens der Einheimischen erfahren. Einige sind mittellos geblieben, weil die Banken die Konten sperrten.

Nach einer kurzen Weile haben wir Anrufe von den Hilfeleistenden bekommen. Die Menschen waren überfordert mit der Situation: Kulturunterschiede, Mentalitätsunterschiede, Machtlosigkeit und die emotionalen Zustände der Flüchtlinge waren Themen in den Beratungen. Die Kooperation mit dem Projekt „Hilfe-Hilfe“ war eine große Entlastung, weil wir die Hilfeleistenden an das Projekt weiterleiten konnten.

Nach den ersten Monaten haben sich die Themen der Anrufe geändert. Die Menschen wollten reden. Reden über alles, was passiert ist, wie sie geflüchtet sind, was sie alles erlebt haben und erleben, über Zwangsmigration, sich fremd fühlen, traumatische und posttraumatische Zustände, Zerrissenheit der Familien und seelische Schmerzen. Es gab Anrufe über sexualisierte Gewalttaten, vermisste Frauen und Kinder, Sterben der durch Krieg verletzten Verwandten, Ängste um wehrpflichtige junge Erwachsene.

Um die Ehrenamtlichen zu entlasten, haben wir einen neuen Ausbildungskurs gestartet. In dem Kurs sind 80% der Teilnehmer*innen Geflüchtete aus der Ukraine. Sie fühlen sich gebraucht, lernen Arbeitsstrukturen, Ehrenamtskultur, die neue Gesellschaft und die Sprache kennen, finden Freunde und integrieren sich langsam. Um die Qualität unseres Dienstens zu erhalten, mussten wir für die Ehrenamtlichen Fortbildungsmaßnahmen zu aktuellen Themenbedarfen organisieren und durchführen. Für das Team haben wir einen Teamtag gestaltet und zwei Fortbildungswochenenden außerhalb vom Dienort in Berlin durchgeführt. Das hat das Team wieder zusammengeschweißt, Erholung, positive Emotionen, aber auch Motivation, um weiterzumachen, gebracht.

Die Situation (Anruferzahl und Themen des Gesprächs) im Projekt ist wechselhaft und abhängig von der Situation in den Kriegsgebieten, Fluchtwellen, Ein- und Ausreisen.

Wir planen für die weitere Arbeit zu Stärkung des Projektes:

- stärkere Öffentlichkeitsarbeit,
- mehr Supervisionstermine,
- Fortbildungs-Tage, Abende und Wochenenden,
- mehrere Teamtage im Jahr,
- zwei Ausbildungskurse im nächsten Jahr,
- stärkere Vernetzungen mit anderen Einrichtungen.

Dank der Förderung der Deutsche Katastrophen Hilfe des Bundes, der Senatsverwaltung und des Hilfswerkes haben wir die Möglichkeit, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen und qualitativ gute Hilfe für die Anrufenden zu leisten.

Ansprechpartnerin:

Tatjana Michalak

Telefon: 030 - 440 30 84 22

E-Mail: doweria@berliner-telefonseelsorge.de

www.russische-telefonseelsorge.de

Diakonie
Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz


Telefon Doweria Berlin
russischsprachige TelefonSeelsorge
Телефон Доверия

Das Muslimische SeelsorgeTelefon (MuTeS) 2022 – Erholung von der Pandemie

Gott sei Dank leistet MuTeS seit Mai 2009 telefonische Seelsorge im Dienste der Menschen. Zwar richtet sich der Dienst in erster Linie an die muslimische Bevölkerung unseres Landes, aber er wird auch von Menschen mit anderen Überzeugungen in Anspruch genommen.

Zahlen und Statistik

In den mehr als 13 Jahren der Tätigkeit des MuTeS haben uns mehr als 65.000 Telefonate erreicht. Im Jahre 2022 wurden 5374 Telefonate entgegengenommen. Der Dienst begann 2009 mit einer achtstündigen Bereitschaft, die 24-stündige Erreichbarkeit wurde im März 2013 komplettiert. Der Dienst des MuTeS wird von ca. 70 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen getragen (ca. 60 % sind Frauen und 40 % sind Männer). Der Dienst wird erst durch ihren Einsatz ermöglicht. Zurzeit werden weitere 12 angehende Ehrenamtliche im 15. Ausbildungskurs von MuTeS ausgebildet.

Interreligiöse und interkulturelle Dimension der Arbeit des MuTeS

Das MuTeS und die KTS in Berlin und Brandenburg arbeiten in den Bereichen Ausbildung, Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit eng zusammen. Zum Beispiel werden die Weiterbildungen für die TelefonSeelsorger*innen von allen Diensten für alle Dienste in Berlin und Brandenburg angeboten, was die Auswahl an Weiterbildungen für die Ehrenamtlichen erweitert und den gegenseitigen Austausch fördert.

Neben der Seelsorgearbeit ist uns dieser Aspekt der Arbeit gerade im Hinblick auf den sozialen Frieden und das Zusammenwirken der Religionen in unserem Land sehr wichtig. Hierbei sei erwähnt, dass neben der Zusammenarbeit mit der KTS BB auch mit der russischsprachigen TelefonSeelsorge Doweria (die auch eine jüdische Prägung hat) zusammengearbeitet wird.

Stellung in der sozialen Landschaft

MuTeS hat sich in der Zeit der Tätigkeit ein gutes Netzwerk in der sozialen Landschaft erarbeitet. Zum Beispiel wird MuTeS von verschiedenen Trägern bis hin zu Kliniken und Hochschulen für Weiterbildungen und Referententätigkeiten, die unterschiedliche Fragestellungen zum Islam und zu Muslimen besonders im Hinblick auf seelsorgerische Aspekte zum Thema haben, angefragt.

Seit Oktober 2016 sind die Ehrenamtlichen von MuTeS als Vollmitglied im Ehrenamtsforum Ost der TelefonSeelsorge vertreten. 2016 wurde eine muslimische Notfallseelsorge aufgebaut, die im Verbund mit den anderen bestehenden Notfallseelsorgediensten und Kriseninterventionsdiensten erfolgreich zusammengearbeitet. Formal wurde diese Zusammenarbeit im Januar 2019 besiegelt.

Seit 2016 engagiert sich MuTeS in der Arbeitsgemeinschaft Muslimische Gefängnisseelsorge e.V. in Absprache mit der Senatsverwaltung für Justiz in der Seelsorge-Arbeit in den Berliner Justizvollzugsanstalten.



Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit des MuTeS

Das Jahr 2022 brachte die erhoffte Entspannung im Hinblick auf die Pandemie. Die Ausbildung und die Weiterbildungen waren nicht bzw. kaum mehr von Auflagen betroffen und konnten regulär in Präsenz durchgeführt werden. Es konnten auch die Veranstaltungen, wie z.B. die Mitarbeiterversammlungen, Fastenbrechen und interne Vorträge mit den Telefonseelsorger*innen in Präsenz durchgeführt werden.

Der Dank gilt den Initiatoren ebenso wie vor allem den ehrenamtlichen Telefonseelsorger*innen und den Kooperationspartnerinnen Diakonie und Caritas. Gott vergelt's!

Beratungsnummer: 030 - 443 509 821
Geschäftsführer: Mohammad Imran Sagir
Büro: 030 - 443 509 80
Mail: info@mates.de



Diakonie Onlineberatung für Kinder und Jugendliche

“Hallo, mir macht der Krieg wegen der Ukraine und Russland sehr große Sorgen. Ich finde es ungerecht, dass immer alles in Streit ausbrechen muss. (...) Mein Onkel lebt in der Ukraine, er darf die Ukraine nicht verlassen (...)“ – Mädchen, 10 Jahre

Am 24.02.2022, dem Tag des Überfalls Russlands auf die Ukraine, fand abends eine KiKA Aktuell-Sendung statt, in der die Projektkoordinatorin gemeinsam mit einer Politikwissenschaftlerin Fragen von Kindern live beantwortete. Innerhalb einer Stunde erreichten den KiKA 2000 Fragen.

Furcht und Angst, z. T. ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, sowie Probleme mit den Eltern, Verliebtheit, Selbstvertrauen, Suizid und Einsamkeit waren 2022 die führenden Themen in der Onlineberatung für Kinder und Jugendliche.

Der KiKA produzierte zu Themen wie zum Beispiel Selbstvertrauen, Trennung der Eltern, Zukunftsängste oder Cybergrooming zweiminütige Clips mit der Projektkoordinatorin als KUMMERKASTEN-Expertin, in denen Kinder und Jugendliche erste Hilfestellungen erhalten und zum Schluss hingewiesen werden auf das anonyme, kostenfreie und rund um die Uhr an jedem Tag im Jahr erreichbare Beratungsangebot. Die Clips wurden und werden als kurze Beiträge im KiKA-TV-Programm gesendet und auf der Website www.kika-kummerkasten.de online gestellt. Diakonie Onlineberatung war daneben auch mehrfach als Gesprächsgast gefragt, so zum Beispiel

für den Podcast „Haus am Dom“ zum Thema „Wie mit Kindern über den Krieg sprechen?“ oder anlässlich des Jubiläums 25 Jahre KiKA im „Generation Alpha – Der KiKA-Podcast“ zum Thema Beratung.

Die Onlineberatung bildete 2022 gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendtelefon Berlin 16 ehrenamtliche Berater*innen für die Beratung junger Menschen am Telefon und per Mail aus. Neben den derzeit 76 Ehrenamtlichen in Berlin wird die Onlineberatung zusätzlich von 5 Berater*innen des Kinder- und Jugendtelefons Potsdam unterstützt.

Ansprechpartnerin: Sabine Marx
Telefon: 030 - 44 03 08-273
E-Mail: diakonie-emailberatung@dwbo.de
www.diakonie-onlineberatung.de
www.diakonie-portal.de/diakonie-onlineberatung

Diakonie 
Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz



Das Kinder- und Jugendtelefon Berlin

Das Kinder- und Jugendtelefon Berlin bildete 2021 gemeinsam mit der Diakonie Onlineberatung für Kinder und Jugendliche 16 ehrenamtliche Berater*innen für die ehrenamtliche Beratung junger Menschen am Telefon und per Mail aus. Aufgrund der angespannten Corona-Lage startete der Kurs Mitte Februar zunächst online und konnte dann ab Ende Mai in Präsenz weitergeführt werden. Derzeit zählen 71 Ehrenamtliche zu unserem Beratungsteam.

Der Standort Berlin in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO) gehört zum bundesweit flächendeckenden Netzwerk, bestehend aus 77 Kinder- und Jugendtelefon-Standorten, die alle montags bis freitags, von 14 bis 20 Uhr kostenfrei und anonym unter der Nummer 116 111 zu erreichen sind.

2021 wurden am Kinder- und Jugendtelefon Berlin mehr als 7.500 Gespräche geführt. Häufige Themen der jungen Menschen, die das Kinder- und Jugendtelefon Berlin anriefen, waren zum Beispiel Beziehung zu den Eltern, psychische Probleme und Überforderungsgefühle aufgrund der Corona-Situation.

Im Rahmen der Berichterstattung über die Belastungen junger Menschen aufgrund von Lockdown und Homeschooling im Verlauf des Jahres wurde das Kinder- und Jugendtelefon Berlin häufig als Gesprächs- und Interviewpartner von Medien angefragt, u. a. von BILD oder von InfoRadio/rbb.

Ansprechpartnerin: Sabine Marx
Telefon: 030 - 44 03 08 263
E-Mail: geschaeftsstelle@berliner-kjt.de
www.diakonie-portal.de/kinder-und-jugendtelefon-berlin



Diakonie 
Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz

Kinder- und Jugendtelefon Potsdam

Über 9000 Anrufe gingen im Jahr 2022 beim Kinder- und Jugendtelefon (KJT) Potsdam ein. Dabei waren Themen wie die Bewältigung von Stress- und Drucksituationen sowie der Umgang mit Ängsten von großer Bedeutung. Die Auswirkungen der Pandemiezeit sind immer noch von sichtbarem Belang und wirken sich im Alltag der Kinder und Jugendlichen aus. Persönliche Krisen bis hin zu Ängsten aufgrund des Ukrainekrieges waren wiederkehrende Themen am Telefon in diesem Jahr.

Im Sommer wurden 11 neue Menschen für die Arbeit am KJT und für das Projekt „Jugendliche beraten Jugendliche“ (JbJ) beauftragt, so dass derzeit 50 Ehrenamtliche für die Beratung am Telefon tätig sind. In diesem Jahr gab es einen Workshop über „Depressionen bei Kindern und Jugendlichen“, ein Thema aktueller denn je. Um in die Balance zu kommen, den Ehrenamtlichen Würdigung und Zuspruch zu verleihen, die auch in schweren und herausfordernden Zeiten das Telefon besetzten, gab es ein Fortbildungswochenende im Kloster Lehnin unter der Überschrift: „Meine Oase – was belebt mich.“

Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch bei der Bildungsministerin Brandenburgs, Frau Ernst, die in einem offenen Gespräch JbJler*innen begegnete. Alle Jugendlichen erhielten eine Urkunde für ihre wertvolle Arbeit in der Begleitung von Gleichaltrigen. Wir sind sehr dankbar, als KJT und JbJ vom Land Brandenburg und von der Landeshauptstadt Potsdam stetig finanziert zu werden. Das sind feste Säulen für den Erhalt der Arbeit und wir hoffen auf eine zukünftige weitere Zusammenarbeit.

Öffentlichkeitsarbeit war im Jahr 2022 immer wieder von Bedeutung. So gab es die Ehrenamtsbörse aller ehrenamtlicher Agenturen der Stadt Potsdam, das Inselfest auf Hermannswerder, einen Filmdreh und zahlreiche Interviews sowie ganz persönliche Begegnungen, die auf die Arbeit am KJT aufmerksam machten. Durch eine Schulkoope-ration konnte über die Arbeit im JbJ berichtet werden: „Klarkommen in schwierigen Zeiten“ lautete ein Oberstufenprojekt der 10.-12. Klasse einer Potsdamer Schule. Die Zusammenarbeit mit dem Berliner und Senftenberger KJT ist weiterhin wertvoll und von stetiger Bedeutung. Die Emailberatung in Kooperation mit Berlin und dem KIKA ist dabei ein Baustein der besonderen Synergie.

Wir hoffen auf gute Ausblicke für das kommende Jahr mit mehr angstfreien Zeiten, die eine Verarbeitung des Geschehenen ermöglichen und die Kinder und Jugendlichen in mehr Sicherheit sowie zum Aufatmen bringen. Dazu möchte das Kinder- und Jugendtelefon Potsdam einen wichtigen Beitrag leisten.

Ansprechpartnerin: Birte Freudenberg
Telefon: 0331 - 97 93 19 11
E-Mail: b.freudenberg@kjt-potsdam.de
www.hoffbauer-stiftung.de
www.nummergegenkummer.de



Elterntelefon Berlin

Das Elterntelefon Berlin in Trägerschaft des DWBO e. V. ist Teil des bundesweiten Elterntelefon-Netzwerkes, das aus insgesamt 38 Standorten besteht. Alle Standorte sind Mitglied im Nummer gegen Kummer e.V. Das Beratungsangebot für Eltern, Großeltern und alle Menschen, die Erziehungsverantwortung tragen und sich um ein Kind oder Kinder Sorgen machen, ist bundesweit zu erreichen unter der Telefonnummer 0800 111 0 550 – anonym und kostenfrei.

In Berlin ist das Elterntelefon von montags bis freitags 9.00 bis 11.00 Uhr sowie dienstags und donnerstags 17.00 bis 19.00 Uhr von gut ausgebildeten Berater*innen besetzt. Darüber hinaus telefonieren Ehrenamtliche immer wieder auch zusätzlich von Montag bis Freitag in den Zeiten zwischen 11.00 und 17.00 Uhr. Das Team des Elterntelefons Berlin besteht derzeit aus 35 ehrenamtlichen Berater*innen. Sie stehen bei Überforderung und allen Fragen rund um Kinder und Familie den Anrufenden offen und zugewandt zur Seite. 2022 wurden mehr als 900 Gespräche am Elterntelefon Berlin geführt.

Ansprechpartnerin: Sabine Marx
Telefon: 030 - 44 03 08 263
E-Mail: geschaeftsstelle@berliner-kjt.de
www.diakonie-portal.de/elterntelefon-berlin



Diakonie
Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz



27 Jahre Förderverein Kirchliche TelefonSeelsorge® Berlin-Brandenburg e.V.

Der Förderverein der Kirchlichen TelefonSeelsorge Berlin-Brandenburg e.V. wurde vor 27 Jahren gegründet. Im Laufe der Jahre ist die Mitgliederanzahl kontinuierlich auf jetzt fast 500 gestiegen. Die Mitgliedsbeiträge sind die stabile Grundlage für die jährlichen Unterstützungsbeträge, die dadurch an die Seelsorgen Berlin, Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder ausgezahlt werden können.

Auch die über das Jahr verteilten Spendenaktionen (Fasten- und Frühjahrsspende sowie auch die Spenden zu Weihnachten) tragen zu den Einnahmen des Fördervereins bei, die dann bedarfsgerecht weitergeleitet werden.

2022 haben wir mit 38.000€ die Aus- und Weiterbildungen aller vier TelefonSeelsorgestellen mitfinanziert.

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause konnten wir im November 2022 wieder unser klassisches Benefizkonzert im Konzerthaus am Gendarmenmarkt durchführen, wieder in einem ausverkauften Haus. Auch 2023 wird es hoffentlich ein Benefizkonzert geben können, um auch Dank zu sagen an unsere ehrenamtlichen Kolleg*innen und alle Spender*innen und Unterstützer*innen des Fördervereins.



Damit das Telefon immer besetzt ist, brauchen wir Ihre Unterstützung – Spenden, Kollekten oder Ihre dauerhafte Spende als Mitglied im

**Förderverein Kirchliche TelefonSeelsorge®
Berlin-Brandenburg e.V.
Schönhauser Allee 141, 10437 Berlin
Telefon: 030 - 440 30 83 24
Fax: 030 - 440 30 83 20
E-Mail: foerderverein@berliner-telefonseelsorge.de**

www.ktsbb.de

Spendenkonto:

**Pax-Bank
IBAN DE45
3706 0193 6000
8300 10**



Neugierig auf unser Ehrenamt?

Kontaktieren Sie uns: www.ktsbb.de

IMPRESSUM

Herausgeber: TelefonSeelsorge® in Berlin und Brandenburg
Redaktion: A. Kosmehl, B. Müller, U. Müller, M. O. Schneider
Redaktionsschluss: Februar 2023
Satz, Layout: Giraffe Werbeagentur
Gedruckt auf Recyclingpapier, Blauer Engel, FSC

Fotos: istockphoto.com: S. 5 Marharyta Fatieieva, S. 20 naveebird,
S. 24 SeventyFour, S. 28 bojanstory, S. 30 AaronAmat, S. 33 Kaan Sezer,
S. 34 Flojate; stock.adobe.com: S. 19: Sliver

0800-1110111

0800-1110222

WIR HÖREN ZU



Geschäftsstellen der TelefonSeelsorge® in Berlin-Brandenburg

KTS BB Dienststelle Berlin

Postfach 58 02 51

10412 Berlin

030 - 44 03 08 224

u.mueller@ktsbb.de

Ansprechpartner: Uwe Müller

TelefonSeelsorge® Potsdam

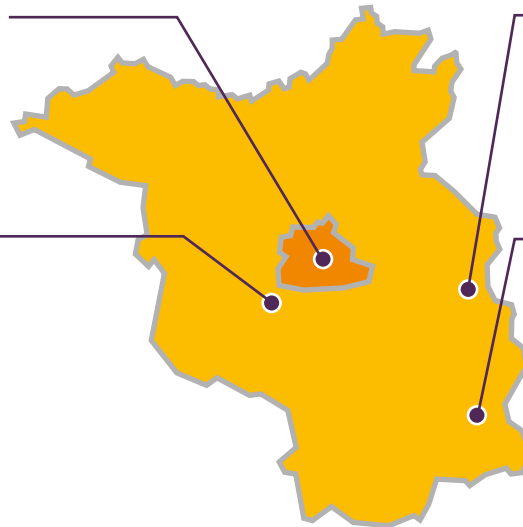
Postfach 60 15 31

14415 Potsdam

0331 - 97 93 19 15

b.mueller@ts-potsdam.de

Ansprechpartnerin: Beate Müller



KTS BB Dienststelle Frankfurt (Oder)

Postfach 13 13

15203 Frankfurt (Oder)

0335 - 68 57 213

sekretariat.frankfurto@ktsbb.de

Ansprechpartner: Karin Schuppan i.V.

KTS BB Dienststelle Cottbus

Postfach 10 13 54

03013 Cottbus

0355 - 47 28 31

sekretariat.cottbus@ktsbb.de

Ansprechpartner: Karin Schuppan i.V.

Sie erreichen uns auch unter

www.ktsbb.de